

dern, die Kinder dazu malen und die in diesem Buch und in Ausstellungen zu sehen sind. Es ist ein lesens- und liebenswertes Buch für jung und alt. Ruth Worzalla hat für ihr Buch den Ersten Preis der Landeszentralen für politische Bildung von Baden-Württemberg und Sachsen erhalten. Bernd Bothe

Berichte

Erklärungen gegen neue judenfeindliche Gewalt

In der Ausgabe vom 17. August 2000 veröffentlichte die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung eine Auflistung antisemitischer Anschläge von Dezember 1990 bis August 2000.¹ Seit Beginn des Jahres 2000 sind jüdische Friedhöfe in Göttingen, Erfurt, Potsdam, Georgensgmünd, Guben, Hannover, Leipzig, Dielkirchen und Rockenhausen geschändet und ein Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt verübt worden. Am 28. September berichtete die gleiche Zeitung über eine neue Studie,² nach der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eintausend Mal jüdische Friedhöfe geschändet worden sind. Am 3. Oktober 2000, als Deutschland das zehnjährige Jubiläum der deutschen Einheit feierte, setzte eine neue Welle von Gewalt gegen jüdische Einrichtungen ein: Brandanschläge auf die Synagoge in Düsseldorf³ und auf eine Synagoge in Berlin Kreuzberg, Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Friedhofsschändung in Potsdam, Droh- und Schmähbriefe. In Frankreich wurden drei Synagogen durch Bombenexplosionen teilweise zerstört, in Brüssel ein jüdisches Kriegerdenkmal geschändet. Synagogen brannten in Syracuse, New York, und in Harrisburg, Pennsylvania. Auf jüdische Einrichtungen in Australien wurden Molotowcocktails geworfen.

Aus der darauf folgenden Welle von Solidaritätsbekundungen bringen wir drei Reaktionen.

- 1) „Alltäglicher Antisemitismus – eine Chronik“, zusammengestellt von Anton Maegerle, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 17. August 2000, S. 2.
- 2) Adolf Diamant, *Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1999*, Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 2000.
- 3) Durch das mutige Eingreifen einer Passantin konnte die Ausbreitung des Brandes verhindert werden.

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit veröffentlichte nach dem Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf folgende Erklärung:

„Mit dem Brandanschlag auf das Gotteshaus der jüdischen Gemeinde Düsseldorf während der hohen jüdischen Feiertage und der Schändung der KZ-Gedenkstätte in Buchenwald zum Tag der deutschen Einheit haben neonazistische-rechtsextreme Kreise erneut Zeichen ihrer heimtückischen Gesinnung gesetzt. Indem sie die jüdische Gemeinschaft bedrohen und die Stätten der Erinnerung an den deutschen Gewalt- und Unrechtsstaat verheeren, greifen sie den inneren Frieden und die gesellschaftlichen Grundlagen unseres Landes an. Betroffenes Schweigen, aber auch bloß verbale Empörung reichen angesichts dessen nicht mehr aus.

Die staatlichen Stellen müssen energischer und konsequenter als bisher allen entgegentreten, die Antisemitismus und Fremdenhaß propagieren oder gar praktizieren. Die demokratischen Parteien müssen entschiedener als bisher gemeinsam den sich wieder ausbreitenden Nazismus und Rechtsextremismus bekämpfen. Die demokratisch gesinnten Bürger und Bürgerinnen sind gefordert, in ihren Lebensbereichen Gesicht zu zeigen, wo Mitmenschen ihrer Religion oder Abstammung willen bedroht und angegriffen werden.

Unsere Solidarität gilt der jüdischen Gemeinschaft. Wir verstehen ihre Befürchtungen und teilen ihre Sorgen. Wir stehen zu ihnen und setzen uns dafür ein, daß jüdisches Leben in dieser Republik sich entfalten kann, seinen Platz weiter findet und behält.“

Göttingen/Bad Nauheim, 4.10.2000.

Im Namen von Präsidium und Vorstand des DKR: Prof. Dr. Berndt Schaller (Ev. Präsident).

Gemeinsames Wort gegen Antisemitismus und antijüdische Aktionen der Deutschen Bischofskonferenz und der nordamerikanischen Vereinigung der Rabbiner am Abend von Yom Kippur, 8. Oktober 2000:

„Gemeinsam verurteilen die Deutsche Bischofskonferenz und die nordamerikanische Vereinigung der Rabbiner den Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf sowie Steinwürfe auf andere deutsche Synagogen und Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten in diesen Tagen. Die erschreckenden jüdenfeindlichen Untaten gehen einher mit Äußerungen der Intoleranz gegenüber Minderheiten und des Hasses auf Fremde.

Die Untaten bedeuten eine Steigerung der abscheulichen Qualität, mit der in Deutschland jüdische Menschen in Angst und Schrecken versetzt werden. Sie treffen die jüdischen Familien und Gemeinden nicht nur am ‚Tag der deutschen Einheit‘, sondern in den ‚Jamim Noarim‘, das heißt in den ehrfurchtsvollen Tagen zwischen dem jüdischen Neujahrsfest und dem Versöhnungstag. In diesen besonderen Tagen des jüdischen Kalenders gehen die Menschen in sich und prüfen ihr Verhalten gegenüber den Mitmenschen und Gott. Bei ihrer Bestandsaufnahme müssen sich nun jene Männer und Frauen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten nach Deutschland zurückgekehrt sind, jüdische Gemeinden wiederbegründet, Synagogen mit Gemeindezentren gebaut und Religionsunterricht für die nachwachsende jüdische Generation gewährleistet haben, besorgt fragen, ob sie wirklich mit gutem Grund der deutschen Mehrheit wieder Vertrauen geschenkt haben.

Wir fordern die Christen in Deutschland auf, in der Situation erneuter jüdischer Sorge und Niedergeschlagenheit ihre von Herzen kommende Anteilnahme deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen. Die jüdischen Gemeinden, ihre Repräsentanten und Mitglieder bitten wir, auf die Solidarität der überwältigenden Mehrheit der Deutschen zu setzen und am jüdischen Leben in Deutschland festzuhalten.

Im nächsten Monat jährt sich das Datum der Novemberpogrome 1938. Wir erinnern an das Wort der deutschsprachigen Bischofskonferenzen ‚Die Last der Geschichte annehmen‘ vom 20. Oktober 1988. Seine Aussagen zur Frage geschichtlicher Schuld, zur Notwendigkeit von Besinnung und Umkehr und zu den Möglichkeiten eines christlich-jüdischen Miteinanders in Offenheit und Wertschätzung bleiben gültig. Wir schlagen den katholischen Gemeinden und Priestern vor, in ihren Gottesdiensten am 9. und 10. November in besonders intensiver Weise Fürbitte zu halten. Die geschichtliche Erinnerung darf nicht verblassen. Die gegenwärtige Bedrohung jüdischen Lebens in Deutschland und andere Akte des Hasses, der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus müssen durch entschiedenen Protest und mutiges Eintreten überwunden werden. Wir appellieren gemeinsam an die Täter, von ihren Untaten zu lassen. Wir rufen alle Menschen guten Willens und Glaubens in Deutschland auf, jeder stillen Zustimmung zu Aktionen der Intoleranz und Gewalttätigkeit zu entsagen und sich gegen fremden- und judenfeindliche Äußerungen in Wort und Tat zu erheben. Wir ermuntern sie auch, an allgemeinen Kundgebungen und kirchlichen Veranstaltungen teilzunehmen, die dem Schutz der Menschenwürde dienen.

Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und die Menschheit. Er darf in der Bevölkerung Deutschlands und besonders unter Christen keinen Raum haben.“

Bischof Karl Lehmann, Mainz
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Rabbi March Schneier,
Präsident der Vereinigung
Nordamerikanischer Rabbiner

Debatte im Deutschen Bundestag über Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt am 12. Oktober 2000.

Angriffe auf jüdische Bürger und Einrichtungen wurden einmütig verurteilt. Neben der Aufforderung zu mehr Zivilcourage im Alltag wurden von den Rednern der verschiedenen Fraktionen u. a. folgende Punkte betont:

„Das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden ist eine Bereicherung für das Land. Es sei alles zu tun, damit diese Kultur ihren Reichtum wieder voll entfalten könne.

Es müsse alles getan werden, um die schändlichen Straftaten aufzuklären, die Täter zu bestrafen und vor allem den Taten wirksam vorzubeugen. Durch deutlichen Protest und entschiedenes Eintreten für einen zivilisierten Umgang miteinander müsse Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gegenüber Minderheiten überwunden werden.

Geschichtliche Erinnerung dürfe nicht verblassen und eine Kultur des Verstehens und der Verständigung müsse auf allen Ebenen unterstützt werden.

Auch der religiöse Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften könne dazu beitragen, daß aus Ablehnung Toleranz, Achtung und Wertschätzung werden könne.“ (www.bundestag.de/aktuell/hib/hib00/0025002.htm)

Judentum – Christentum: Konstituierung und Differenzierung in Antike und Gegenwart

Das Symposium des Sonderforschungsbereichs 534 „*Judentum – Christentum: Konstituierung und Differenzierung in Antike und Gegenwart*“ (Bonn, 19. bis 21. Juni 2000) befaßte sich mit der Frage, ob sich in der Rezeption von Emmanuel Lévinas (1906-1995), Walter Benjamin (1892-1940) und Franz Rosenzweig (1886-1929) typische Konstruktionsmuster der jüdisch-christlichen Differenz zeigen. Lesarten und Gegenlesarten zu Schlüsseltexten wie Lévinas' *Totalität und Unendlichkeit*, Benjamins *Theologisch-*

politisches Fragment und Rosenzweigs *Der Stern der Erlösung* wurden in den Vorträgen von Experten wie Prof. Dr. Bernhard Casper (Freiburg), Prof. Dr. Stéphane Mosès (Jerusalem), Prof. Dr. Hent de Vries (Amsterdam) u. a. zur Diskussion gestellt. Die Konzeption der Tagung wurde von Ashraf Noor (Jerusalem) in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Teilprojekts B9 ‚*Jüdisches Denken*‘ und seine Herausforderung für die christliche Theologie entwickelt. Wichtigste Arbeitsform war die gemeinsame Lektüre ausgewählter Texte.

Im Mittelpunkt stand die Frage, in welcher Weise die theologisch besetzbaren Sprachfigurationen der Beispieltex te für ‚jüdische‘ oder ‚christliche‘ Lesarten in Anspruch genommen werden können. Dabei zeigte die Diskussion, daß Sprachfigurationen von Transzendenz (Lévinas), Messianität (Benjamin) oder Erlösung (Rosenzweig) zugleich sowohl als Rekurse auf biblische Traditionslinien wie als Absetzung von diesen verstanden und rezipiert werden können.

Die Kritik von Paul Ricœur an Emmanuel Lévinas wittert in der Aporie des Anderen einen stillschweigenden Umschlag des philosophischen Diskurses in der Theologie. Lévinas' Interesse für biblische und rabbinische Figuren und seine Technik der Generalisierung von Theologumena bringt ihn in den Ruf eines ‚Krypto-Theologen‘. Die Rezeption von Lévinas' Transzendenz-Begriff muß kritisch Rechenschaft darüber geben, ob sie nicht die Grenzen des philosophischen und theologischen Diskurses verwischt.

Ähnliche Schwierigkeiten bereitet der Messiasbegriff bei Walter Benjamin. Er kann auf der Ebene des Textes als Ausdruck eines strikt säkularen ‚Null-Messianismus‘ gelesen werden, obwohl (und vielleicht in eben dem Maße wie) sich herausarbeiten läßt, wie stark dieser sich aus einem durch die Begegnung mit Gershom Scholem erwachenden Interesse Benjamins an kabbalistischen Quellen speist. Es steht zur Frage, ob nicht vielleicht gerade die Profanität der Messiaskonzeption bei Benjamin eine Art ‚jüdischer‘ Färbung hat.

In Franz Rosenzweigs philosophischem Werk ist das Schwanken zwischen einer ‚jüdischen‘ und einer ‚säkularen‘ Lesart in der Inszenierung der Texte selbst kalkuliert. Im *Stern der Erlösung* entfaltet Rosenzweig eine ontologische Zuordnung von Schöpfung, Offenbarung und Erlösung, die vom Judentum nur exemplifiziert werde, aber sich nicht darauf beschränke. Demgegenüber scheint Rosenzweig in der methodischen Anlage seines bewußt bei keinem jüdischen Verlag veröffentlichten Werks sehr stark auf die von ihm wiederentdeckte Tradition zurückzugreifen.

Christina Pfestroff